



Ausgabe 3/2012

# Her mit den Milliarden!

Die Einkommen der Lohnabhängigen sinken seit mehr als zehn Jahren. Angeblicher Grund: Nur so können die Betriebe, in denen sie arbeiten, international wettbewerbsfähig bleiben. Die staatlichen Ausgaben für die sogenannte Daseinsfürsorge, für Bildung und Erziehung und Gesundheit breiter Bevölkerungsschichten werden immer weiter zurückgefahren. Angeblicher Grund: zu wenig Steuereinnahmen

## Alles Lüge!

Die niedrigen Lohnkosten in Deutschland haben die Profite der Kapitalisten explodieren lassen. Das Vermögen der Reichen und Superreichen hat sich vervielfacht. Heute besitzt das reichste Prozent der Deutschen fast so viel wie die restlichen 99 Prozent zusammen. Ihr Vermögen ist höher als alle Schulden von Bund und Ländern zusammen. Dagegen hat der Staat sich selbst arm gemacht. Durch Steuersenkungen, die vor allem den Superreichen und den Kapitalbesitzern zugutekamen, haben alle Regierungen seit dem Jahre 2000 von Rot-Grün über Schwarz-Rot bis Schwarz-Gelb der öffentlichen Hand Einnahmeverluste von mehr als 400 Milliarden Euro beschert.

In Hamburg ist das nicht anders. Die Service-Angebote der Behörden werden immer schlechter, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und kommunalen Bürgerhäusern wird die finanzielle Grundlage entzogen, Schulen und Hochschulen fehlen eine ausreichende materielle und personelle Ausstattung. Angeblicher Grund: Überschuldung der Stadt und die grundgesetzlich gebotene Schuldenbremse.

## Auch das ist eine Lüge!

Bürgermeister Olaf Scholz gehörte der schwarz-roten Regierung unter Merkel an und weiß, warum die Stadt immer weniger Steuereinnahmen hat.

Nicht nur die Bundesregierung hat Hunderte von Milliarden zur „Retung“ von Banken investiert, die sich verzockt hatten. Auch Hamburg hat Milliarden in die marode HSH Nordbank gesteckt. Zuletzt



hat die Stadt ein Aktienpaket der Reederei Hapag Lloyd gekauft, das dem privaten Eigentümer wegen der schwächelnden Container-Schifffahrt zu riskant geworden war.

Die Schulden der öffentlichen Hand sind vor allem die Folge der kapitalfreundlichen Politik der Regierungen von Gerhard Schröder bis Angela Merkel und Olaf Scholz.

Und die Schuldenbremse? Schulden kann man nicht nur durch Ausgabenkürzungen vermeiden. Man kann auch die Einnahmen erhöhen. Hamburg ist reich. Hamburg muss nicht sparen. Die zehn reichsten Hamburger, angeführt

von den Familien Otto (Otto-Versand) und Herz (Tchibo) besitzen zusammen ein Vermögen von 28,45 Milliarden Euro. Dagegen beträgt die derzeitige Verschuldung des Hamburger Haushaltes 23 Mrd. Euro.

Hier ist also das Geld zu holen, um die notwendigen sozialen Ausgaben zu bezahlen.

**Dazu muss eine einmalige Vermögensabgabe von 75 Prozent auf alle Vermögen über einer Millionen Euro und eine ständige Vermögensteuer erhoben werden.**

Dreiviertel aller Bundesbürger befürworten diese berechtigte und überzeugende Forderung. Und trotzdem ist es schwer sie durchzusetzen. Denn beschließen müssten das dieselben Parlamente in Bund und Ländern, die mit ihrer Steuer- und Finanzgesetzgebung den Millionären und Milliardenären das Geld zugeschoben haben

Im letzten Jahrzehnt hat die Politik der mit dem großen Kapital verbandelten Parteien CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP die dem Kapitalismus innewohnende Krisenentwicklung noch verstärkt. Mit den Hartz IV-Gesetzen wurden die Löhne unter Druck gesetzt und die Massenkaufkraft weiter gesenkt, der Netto-Profit wurde durch die Absenkung der Steuern drastisch erhöht. Wohin sollten die Reichen und Superreichen mit dem vielen Geld, wenn es sich nicht lohnte, es wieder in den Betrieben zu investieren? In die Spekulation! Heute kreist ein Vielfaches der realen Werte als Geld um die Welt und soll Zinsen bringen, bis die oft abenteuerlichen Spekulationsblasen platzen.

Und wenn es krachte, haben dieselben Politiker die Zocker auf Kosten der Steuerzahler rausgehauen. Jeder „Normalbürger“ wäre pleite, nicht so die großen Kapitalbesitzer und Superreichen.

Selten hat der bürgerliche Staat - vertreten durch die ganz große Koalition aus CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP - so offen gezeigt, dass er nichts anderes ist als der „geschäftsführende Ausschuss des Kapitals“, wie Marx und Engels schon vor 130 Jahren wussten.

Warum sollten diese Parteien ihre Politik im Interesse von Banken und Großkapital ändern? Da nützen keine guten Argumente. Was aus der Sicht der breiten Bevölkerungsmehrheit richtig und notwendig ist, steht im Gegensatz zu den Interessen von Banken und Großindustrie

**Da nützt nur massiver Druck Die Aktion UMfairTEILEN ist hierfür ein guter Anfang.**

**Dennoch gilt auch:**

**Der Kapitalismus hat kein Problem, der Kapitalismus IST das Problem**

Wir Hamburger Kommunistinnen und Kommunisten gehen davon aus, dass grundlegende und dauerhafte Verbesserungen für alle Lohnabhängigen im Kapitalismus an die Grenzen der Profitlogik und des Privateigentums an den Produktionsmitteln stoßen.

Zur Lösung der Probleme muss das kapitalistische System nicht nur punktuell sozial gestaltet und verbessert, sondern überwunden und die Macht der Konzerne, Banken und Monopole gebrochen werden.

Dieser revolutionäre Bruch hin zu einer neuen Gesellschaft führt zum Sozialismus – einer Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, einer Gesellschaft ohne Faschismus, Rassismus und Krieg!

**Die DKP ruft auf:**

**Heraus zum bundesweiten Aktionstag**

**„Reichtum besteuern – UMfairTEILEN“**

**am Samstag, 29. September 2012. umzingeln wir gemeinsam in Hamburg Rathaus, Börse, Banken und Versicherungen.**

**Auftaktveranstaltung um 12 Uhr vor der Börse am Adolphsplatz, Abschlusskundgebung um 13.15 Uhr auf dem Rathausmarkt vor dem Rathaus.**

**Die DKP findet ihr / finden Sie in der Menschenkette in der Großen Johannisstraße und am Infostand auf dem Rathausmarkt**

## **Anschlag auf Nazi-Opfer in Bergedorf**

21.09.2012

Zur Enthüllung eines Mahnmals für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die während der Nazi-Herrschaft in zahlreichen Betrieben in Bergedorf zur Arbeit gezwungen worden waren und unter unwürdigen Bedingungen leben mussten, waren einige der wenigen noch lebenden Männer und Frauen aus Polen nach Bergedorf gekommen. Kaum hatte die Veranstaltung begonnen, sprang ein Mann auf die Ehrengäste zu und besprühte sie mit Pfefferspray. Die alten Herrschaften mussten vor Ort und im Krankenhaus ärztlich behandelt werden und reisten schockiert ab.

Schnell wurde der Täter zu einem „Irren“ und „Einzeltäter“ erklärt, der das Bild des neuen Deutschland und das Bild der heutigen toleranten Deutschen verzerrt hätte. Die Redner mahnten, dass das Unrecht, das den Zwangsarbeitern damals geschehen sei, niemals vergessen werden dürfe, damit so etwas niemals wieder geschehe. Gut so. Aber war nicht gerade eben etwas geschehen, das den Gästen ganz aktuell das Deutschland vor siebzig Jahren in Erinnerung rufen musste? Gut, es war niemand zu Tode gekommen. Der Täter wurde festgenommen und nicht wie damals von der Staatsmacht unterstützt. Aber wie kommt jemand darauf, den Gästen, die in ihrer Jugend der Nazi-Barbarei entkommen waren, so demonstrativ zu zeigen, dass sie auch heute bei uns nicht willkommen sind? Der Rassismus, das Herrenmenschentum hat in der heutigen Gesellschaft eine solide Basis.

Ist es nur die bornierte Weltsicht einer nicht ganz kleinen Minderheit? Zahlreiche anwesende Antifaschisten konnten die Schmerzen der attackierten Nazi-Opfer mitfühlen. Waren sie doch selbst vor kurzem Opfer einer Pfefferspray-Attacke geworden, damals von der Hamburger Polizei, als diese am 2. Juni die Antifaschisten mit Schlagstöcken, Pfefferspray und Wasserwerfern angriff, damit die Neofaschisten ungehindert durch Hamburg demonstrieren konnten. Ist es nur eine zufällige Parallelität der Ereignisse, wenn in Hamburg Antifaschisten von der Polizei und in Bergedorf Nazi-Opfer von einem Neofaschisten mit Pfefferspray angegriffen werden?

Offenbar konnte sich von den Sicherheitskräften niemand vorstellen, dass für die Gäste der Veranstaltung in Bergedorf irgendeine Gefahr bestand, obwohl doch in den vergangenen Jahren zahlreiche Menschen Opfer von Brand- und Mordanschlägen neofaschistischer Gruppen und Einzelpersonen geworden waren. Bekanntlich konnte sich auch der Verfassungsschutz bei den Morden der sogenannten NSU nicht vorstellen, dass es Neofaschisten waren, die zehn Menschen ausländischer Herkunft umgebracht hatten. Man muss kein Anhänger von Verschwörungstheorien sein, um beim Umgang staatlicher Einrichtungen wie Verfassungsschutz und Polizei mit Neofaschisten nicht mehr an Versäumnisse, Fehler und Unfähigkeit zu glauben.

Unser Mitgefühl gilt den Opfern dieser heimtückischen Attacke. Unsere Aufmerksamkeit richten wir umso intensiver auf die Aktivitäten der Neofaschisten und den Umgang der Staatsmacht mit ihnen.